

# **Die verfassungsrechtliche Position der kommunalen Gebietskörperschaften in der Elektrizitätsversorgung**

Von Professor Dr. KLAUS STERN

Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft  
der Universität zu Köln



1966

VERLAG FRANZ VAHLEN GMBH

Berlin und Frankfurt a. M.

# Inhaltsverzeichnis

Seite

<i>Einführung: Die Ausgangslage des Gutachtens</i> .....	1
1. Abschnitt: Die bestehenden Rechtsgrundlagen der Elektrizitätsversorgung .....	1
2. Abschnitt: Die kommunalen Gebietskörperschaften in der Elektrizitätsversorgung .....	5
3. Abschnitt: Änderungsvorschläge .....	8

## TEIL I

### *Die Verfassungsmäßigkeit des „Diskussionsvorschlags“*

1. Kapitel: Die Kompetenz des Bundesgesetzgebers für die vorgeschlagene Regelung .....	11
1. Abschnitt: Die Abgrenzung der sich überschneidenden Kompetenzthemata „Energiewirtschaft“ und Kommunalrecht .....	11
2. Abschnitt: Die Einordnung der Energiepreiskompetenz in Art. 74 Nr. 11 GG .....	15
3. Abschnitt: Die Einordnung unter die „Kartellkompetenz“	22
2. Kapitel: Die Zustimmungsbedürftigkeit der geplanten Regelung ....	24
1. Abschnitt: Die Subsumtion unter Art. 84 Abs. 1 GG ....	24
2. Abschnitt: Die Zustimmungsbedürftigkeit als Änderungs- gesetz des GWB .....	27
3. Kapitel: Die Vereinbarkeit der geplanten Regelung mit Art. 28 Abs. 2 GG .....	27
1. Abschnitt: Die Problemstellung .....	27
2. Abschnitt: Die Energieversorgung als Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft .....	30
3. Abschnitt: Die Zugehörigkeit der Energieverteilung zum „Wesensgehalt“ der kommunalen Selbstver- waltung .....	33
4. Abschnitt: Die Vereinbarkeit der einzelnen Änderungs- vorschläge mit Art. 28 Abs. 2 GG .....	40
a) Das Gebot öffentlicher Ausschreibung ....	41
b) Die Befristung der Verträge .....	42
c) Der Einfluß der Gutachter auf die Vertrags- gestaltung mit nicht-kommunalen EVU ...	42
5. Abschnitt: Zur Frage einer weiteren inhaltlichen Begren- zung des Gesetzgebers durch die Verfassungs- prinzipien der Verhältnismäßigkeit und der Erforderlichkeit .....	44
6. Abschnitt: Die Anwendbarkeit der vorstehend erarbei- ten Grundsätze auf Gemeindeverbände .....	49

	Seite
4. Kapitel: Die Vereinbarkeit der geplanten Regelung mit Art. 14 GG ..	50
1. Abschnitt: Die partielle Grundrechtsträgerschaft der kommunalen Gebietskörperschaften .....	51
2. Abschnitt: Grundrechtssubjektivität und Art. 28 Abs. 2 GG .....	56
3. Abschnitt: Die Rechtslage hinsichtlich der Gemeindeverbände .....	58
4. Abschnitt: Die Anwendbarkeit des Art. 14 GG auf die geplante Regelung .....	59
a) Das Wegeigentum der kommunalen Gebietskörperschaften als schutzfähiges Recht im Sinne des Art. 14 GG .....	59
b) Eigentumsbindung oder Enteignung? .....	60
5. Kapitel: Die Vereinbarkeit der geplanten Regelung mit dem Verfassungsprinzip der Vertragsfreiheit .....	64
1. Abschnitt: Die Garantie der Vertragsfreiheit in Art. 2 Abs. 1 GG .....	64
2. Abschnitt: Die Anwendbarkeit des Verfassungsprinzips der Vertragsfreiheit auf kommunale Gebietskörperschaften .....	65
3. Abschnitt: Die einzelnen Bestandteile des Diskussionsvorschlags im Lichte der Vertragsfreiheit ....	66

## TEIL II

### *Die Verfassungsmäßigkeit der Abschaffung der Konzessionsabgaben*

1. Kapitel: Die Kompetenz des Bundesgesetzgebers zur Regelung des Konzessionsabgabenrechts .....	73
2. Kapitel: Die Vereinbarkeit der Abschaffung der Konzessionsabgaben mit Art. 28 Abs. 2 GG .....	78
1. Abschnitt: Die Problemstellung .....	78
2. Abschnitt: Die Verfassungsgarantie kommunaler Finanzausstattung .....	79
3. Abschnitt: Die Anwendbarkeit der vorstehend erarbeiteten Grundsätze auf Gemeindeverbände .....	86
3. Kapitel: Die Vereinbarkeit der Abschaffung der Konzessionsabgaben mit Art. 14 GG .....	87
1. Abschnitt: Problemstellung und Ausgangslage .....	87
2. Abschnitt: Der Enteignungscharakter der Abschaffung der Konzessionsabgaben .....	89
<i>Zusammenfassung</i> .....	94